

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 14/83

Berlin

8. April 1983

50. Jahrgang

*Stiglitz*

### Österreichs Wirtschafts- und Finanzpolitik im internationalen Vergleich

*Die stark nachlassende Wachstumsdynamik in den siebziger Jahren hat die Beschäftigungsprobleme in den meisten westlichen Industrieländern drastisch verschärft. Während Mitte der siebziger Jahre und danach in vielen Ländern noch — und nicht ohne Erfolg — versucht wurde, durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik die krisenhafte Entwicklung zu mildern bzw. der Wirtschaft Wachstumsimpulse zu geben, ist die Wirtschaftspolitik seit Beginn der achtziger Jahre stark restriktiv ausgerichtet. Denn es hat sich die Einschätzung verbreitet, keynesianische wirtschaftspolitische Strategien würden — vor allem auf längere Sicht — die wirtschaftliche Entwicklung eher hemmen als stimulieren. Trotzdem ist die Staatsverschuldung, z.T. im Verbund mit hohen Leistungsbilanzdefiziten, rasch gestiegen.*

*Ein Forschungsauftrag des österreichischen Finanzministeriums<sup>1</sup> gab dem DIW Gelegenheit, im Rahmen eines internationalen Vergleichs die These der Ineffizienz staatlicher Nachfragepolitik zu prüfen. Die Auswahl der Länder war mit Österreich, der Bundesrepublik Deutschland, Japan, Schweden und Belgien vorgegeben: Belgien und Schweden setzten neben der Wachstumsförderung auch auf eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Belgien scheiterte mit seiner Wirtschaftspolitik, während es Schweden gelang, die Arbeitslosenzahl unter Kontrolle zu halten, allerdings zu Lasten von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Die anderen Länder konzentrierten sich auf eine Wachstumsstimulierung. In Japan und Österreich konnte so der Anstieg der Arbeitslosigkeit begrenzt werden, in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Nicht vertreten in dieser Länderauswahl sind jene Volkswirtschaften, die einen ausgeprägt angebotsorientierten Kurs verfolgen, in denen aber bisher nur die Arbeitslosigkeit und die Staatsverschuldung kräftig zunehmen.*

#### Elemente österreichischer Wirtschaftspolitik

Österreich steht als kleines Land nicht immer im Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Vielleicht wird deswegen auch in der Bundesrepublik Deutschland bei der aktuellen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung übersehen, daß die Erfolge der österreichischen Wirtschaftspolitik im internationalen Vergleich durchaus beachtenswert sind — Erfolge, die dem „Austro-Keynsianismus“ zuzuschreiben sind.

Im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Konzeption Österreichs steht der Gedanke, daß eine verstetigende Wirtschaftspolitik an die Stelle einer hektischen antizyklischen Steuerung zu treten habe. Vor-

rangiges Ziel ist es, auf die Erwartungen und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte so einzuwirken, daß ein langfristiges, stetiges Wirtschaftswachstum möglich wird; erst in zweiter Linie geht es um kurzfristige, konjunkturelle Nachfragesteuerung. Die Institution der Sozialpartnerschaft und mit ihr eine auf Verstetigung gerichtete Einkommenspolitik, ein ausgebautes System der direkten und indirekten Investi-

<sup>1</sup> Vgl. M. Teschner und D. Vesper: Budgetpolitik Österreichs im internationalen Vergleich. Gutachten des DIW im Auftrag des Bundesministers für Finanzen/Wien. Berlin 1983 (als Manuskript vervielfältigt), erscheint demnächst in der Reihe Beiträge zur Strukturpolitik des DIW.

tionsförderung sowie eine am D-Mark-Kurs ausgerichtete Hartwährungspolitik zur Verhinderung importierter Inflation sind — fußend auf dem „ausgeprägten Gefühl für soziale Symmetrie“<sup>2</sup> — die Eckpfeiler im Bemühen, Instabilitäten zu bekämpfen.

Der Konflikt zwischen dem Vollbeschäftigungs- und dem Preisstabilisierungsziel wird damit entschärft. Die durch die Wechselkurspolitik flankierte Einkommenspolitik wirkt darauf hin, daß nicht jede sich bietende Gelegenheit genutzt wird, Lohn- bzw. Preisforderungen durchzusetzen. Im Rahmen des Systems der Sozialpartnerschaft versuchen die politisch relevanten Interessengruppen zusammen mit der Exekutive, einen Konsens in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herzustellen und Leitdaten für den Einkommensverlauf zu entwickeln. Preise und Löhne reagieren deshalb relativ träge auf Änderungen im Auslastungs- und Beschäftigungsgrad, eine Mehrnachfrage schlägt sich weniger in Preiseffekten, sondern zunächst (bis zur Auslastungsgrenze) mehr in Mengeneffekten nieder. Dadurch wird die übrige Wirtschaftspolitik entlastet, Maßnahmen zur Glättung von Konjunkturschwankungen, die auf Verteilungskonflikten beruhen, bleiben unter diesen Voraussetzungen die Ausnahme.

Um das System der freiwilligen Kooperation funktionsfähig zu halten, muß die verbandsinterne Disziplin so stark sein, daß die Verhandlungsergebnisse der jeweiligen Verbandsspitzen realisiert werden können. Dies setzt Stärke und Autorität der Wirtschaftsverbände bzw. des Gewerkschaftsbundes voraus. Die Basis behält allerdings einen gewissen Spielraum für regionale oder betriebliche Lohndifferenzierung. Im Rahmen der Preispolitik sorgt die Interessenvertretung der Unternehmerseite dafür, daß die ausgehandelten Preiserhöhungen von den einzelnen Unternehmen auch eingehalten werden. Mit der Einbeziehung der Preispolitik in die einkommenspolitische Kooperation<sup>3</sup> wird die Verantwortung der Gewerkschaften für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung verstärkt: Da sich die Verhandlungen auf kostenbedingte Preiserhöhungen konzentrieren, wird den Gewerkschaften die Beziehung zur nominalen Lohnentwicklung verdeutlicht. Sie haben weitgehend auf das Ziel der Umverteilung verzichtet, ihre Lohnpolitik orientiert sich in erster Linie am Produktivitätsfortschritt.

Die Geldpolitik steht einmal im Dienste des Wechselkursziels, sie ist aber darüber hinaus auch auf die Stabilisierung der Nominalzinssätze gerichtet, soweit das mit der Hartwährungspolitik vereinbar ist. Zinsänderungen aufgrund der internationalen Kapitalmarktverflechtungen werden für die Investitionen durch staatliche Zinssubventionen geglättet. Mit einem relativ stabilen Zinsniveau wird das Vertrauen in die Finanzmärkte gefördert, Erwartungshaltungen werden

stabilisiert und Kalkulationen erleichtert. Eine Geldmengensteuerung im Sinne der monetaristischen Strategie findet in Österreich nicht statt. Die Geldpolitik hat mehr alimentierenden und akkomodierenden Charakter, sie flankiert die Einkommenspolitik, auf der das Schwergewicht der Stabilisierungsbemühungen ruht. Mit der weitgehenden Anbindung des Schillings an die D-Mark wird gleichzeitig der Binnenwert der Währung gesichert. Begünstigt wird diese Politik dadurch, daß die Stabilisierungserfolge der Deutschen Bundesbank — von dieser zum Teil teuer erkauf — letztlich nur importiert zu werden brauchen.

Vor diesem Hintergrund kann sich die Budgetpolitik im wesentlichen auf „Feuerwehraktionen der Nachfragestützung in unerwarteten Rezessionen“<sup>4</sup> beschränken. Staatliche Nachfragepolitik ist dann nicht überfrachtet, sondern konzentriert sich auf das, was sie tatsächlich zu leisten vermag.

### **Wirtschaftliche Entwicklung und Budgetpolitik in Österreich**

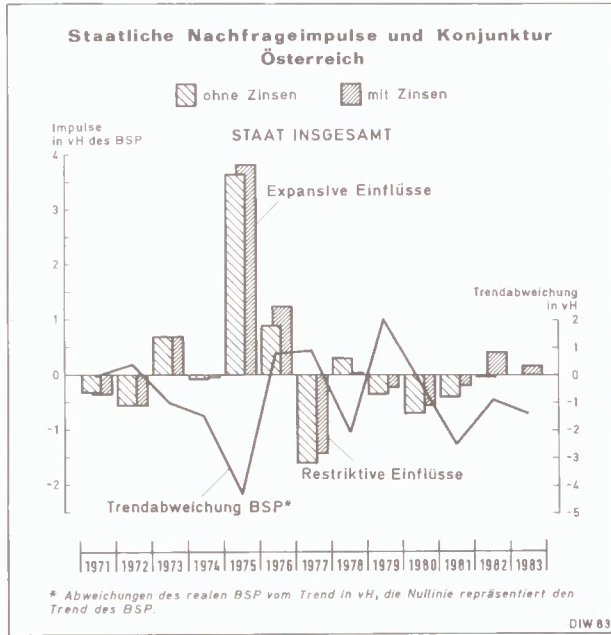
Betrachtet man die Entwicklung in Österreich seit Anfang der siebziger Jahre, so zeigt sich angesichts der weltweit verschlechterten Rahmenbedingungen ein recht beeindruckendes Gesamtbild: Ein meist über dem internationalen Durchschnitt liegendes Wachstum des realen Sozialprodukts und eine niedrige Arbeitslosenquote gingen mit Preissteigerungen einher, die geringer als in den meisten Industrieländern waren. Überdies hat das Problem der Staatsverschuldung nicht die Brisanz wie in manchen anderen Ländern. Zudem konnte das Leistungsbilanzdefizit, das auch in Österreich nicht zuletzt als Folge der Ölpreissteigerungen entstand, wieder abgebaut werden. Von dem weltwirtschaftlichen Wachstumsknick Ende der siebziger Jahre blieb allerdings auch die österreichische Wirtschaft nicht verschont. Dennoch konnte der Vollbeschäftigungszustand bis in die jüngere Vergangenheit aufrechterhalten werden. Erst im letzten Jahr hat sich als Folge der schwachen Wirtschaftsentwicklung die Arbeitsmarktlage fühlbar, jedoch weniger als in den meisten anderen Ländern, verschlechtert.

Der exportinduzierte Boom zu Beginn der siebziger Jahre hielt auch noch 1974 an, als sich die Weltkonjunktur nach dem ersten Ölpreisschock abschwächte.

<sup>2</sup> G. Tichy: Austro-Keynesianismus — Gibt's den? Angewandte Psychologie als Konjunkturpolitik. In: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 3/1982, S. 58.

<sup>3</sup> Neben den administrierten Preisen unterliegen rund 50 vH der Erzeugerpreise (ausgenommen sind Importgüter, neue Produkte, modische und viele technische Artikel sowie die meisten Dienstleistungsbereiche) dem Verfahren vor der „Paritätischen Kommission“.

<sup>4</sup> E. Streissler: Das Ende des Keynesianismus, in: Wirtschaftspolitische Blätter, Heft 3/1982, S. 88.



Auf den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahre 1975 reagierte die Finanzpolitik konjunkturgerecht: Trotz der rezessionsbedingten Einnahmefälle wurde der hohe, auf sehr optimistischen Wachstumsprognosen beruhende Ausgabenansatz nicht beschnitten, darüber hinaus wurden zusätzliche Maßnahmenpakete geschnürt. Der expansive Kurs<sup>5</sup> wurde 1976 — auf hohem Niveau — mit dem Ziel fortgeführt, den konjunkturellen Auftrieb zu fördern. Dabei wurde in Kauf genommen, daß der Staatshaushalt, der vor 1975 mit einem Überschuß abgeschlossen hatte, defizitär wurde.

Der von der expansiven Finanzpolitik in Gang gesetzte Aufschwung erhielt sowohl von den Exporten als auch von den Investitionen weitere Impulse. Bei steigenden Ausgabenüberschüssen der Unternehmen nahm daraufhin das Staatsdefizit wieder ab. Die Kombination von Vollbeschäftigungs- und Hartwährungspolitik hatte allerdings zur Folge, daß sich das Leistungsbilanzdefizit weiter erhöhte, obwohl es in Österreich nicht zuletzt mit Hilfe der einkommenspolitischen Abstimmung zwischen den Sozialpartnern gelungen war, den nach dem ersten Ölpreisschock beschleunigten Preis- und Lohnauftrieb zu verlangsamen. Da die Hartwährungspolitik bis 1977 eine reale effektive Aufwertung nach sich zog, war Österreichs Wettbewerbsposition nicht so stark, daß die wachstumsbedingte Importerhöhung nach 1975 durch eine entsprechende Exportsteigerung ausgeglichen werden konnte.

Die starke Passivierung der Leistungsbilanz erzwang 1977 einen Kurswechsel in der Finanzpolitik. Sie wurde restriktiv; die Folge war eine Wachstumsunterbrechung im Jahre 1978. Es gelang nun, den Pas-

sivsaldo der Leistungsbilanz beträchtlich zu vermindern und die Voraussetzung für eine erneute Expansion in den folgenden Jahren zu schaffen. 1979 und 1980 war das Wirtschaftswachstum beachtlich und lag über dem internationalen Durchschnitt. Wiederum wurde es von den Exporten und den Investitionen getragen. Der Staat sah sich nicht genötigt, stark expansiv auf die Wirtschaft einzuwirken; die von ihm ausgehenden Impulse lagen sogar unter dem Pfad des „Potentialwachstums“.

Durch die zweite kräftige Ölpreiserhöhung wurde auch die österreichische Wirtschaft erneut belastet. Das Leistungsbilanzdefizit erhöhte sich im Laufe des Expansionsprozesses beträchtlich. Die österreichische Regierung sah schließlich keine andere Möglichkeit, als eine Wachstumsabschwächung zur Verringerung des Passivsaldo der Leistungsbilanz in Kauf zu nehmen, obwohl die wechsellkurspolitische Ausrichtung an der D-Mark diesmal zur Folge hatte, daß sich der Schilling mit den meisten übrigen westeuropäischen Währungen abwertete und dadurch die Wettbewerbsposition Österreichs gestärkt wurde. Allerdings reichte dies wegen der engen Handelsverflechtung mit der Bundesrepublik Deutschland nicht aus, die Verschlechterung der Außenwirtschaftslage zu verhindern. Zur Stützung des Wechselkurses wurde die Geldpolitik sehr restriktiv gestaltet, so daß die Marktzinssätze stark stiegen. Auch die Finanzpolitik wirkte — gemessen am hier verwendeten Impulskonzept — leicht restriktiv.

Dennoch kam es in Österreich, anders als in der Bundesrepublik Deutschland, in Schweden und in Belgien, nicht zu einer ausgeprägten Rezession. Die Finanzpolitik verfolgte bereits 1982, als sich die Arbeitsmarktlage auch in Österreich verschlechterte, wieder einen expansiveren Kurs: Es wurden zwei Beschäftigungsprogramme aufgelegt und damit eine am Wachstumstrend orientierte Finanzpolitik betrieben. Freilich erhöhte sich das Staatsdefizit nun wieder, nachdem es sich in der vorangegangenen Expansionsphase bei steigenden Ausgabenüberschüssen der Unternehmen verringert hatte.

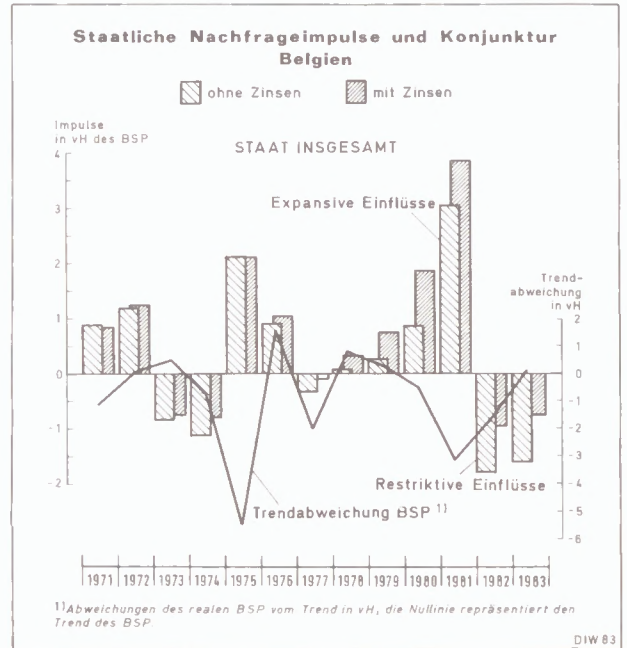
<sup>5</sup> Als Grobindikator für die Bestimmung der Wirkungsrichtung der Finanzpolitik wird ein Impulskonzept verwendet, das auf die Primärimpulse der staatlichen Aktivitäten abstellt. Als Neutralitätslinie wird die trendmäßige Entwicklung des nominellen Bruttosozialprodukts, und zwar als gleitender Fünfjahrsdurchschnitt definiert. Konjunkturrelevant sind jene Abweichungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite, die sich gegenüber dem jeweils realisierten Volumen der Vorperiode, fortgeschrieben mit der gleitenden Trendrate, ergeben. Nach diesem Konzept ist — allein um das Erreichte zu sichern — eine Konstanz der Einnahmen- und Ausgabenquoten im Vergleich zum Vorjahr erforderlich, will der Staat die konjunkturelle Situation von sich aus nicht verändern. Dieses Vorgehen bedeutet z.B. auch, daß die Hin- und Herbewegungen der Einnahmen- und Ausgabenquoten als expansiver Vorgang gewertet wird.

Die einschneidende Wachstumsabschwächung Anfang der achtziger Jahre ermöglichte in Verbindung mit der gestärkten Wettbewerbsposition der österreichischen Wirtschaft den vollständigen Abbau des Leistungsbilanzdefizits. Mit einer ausgeglichenen Leistungsbilanz steht Österreich gegenwärtig, genauso wie die Bundesrepublik Deutschland, nicht unter dem außenwirtschaftlichen Zwang zu einer die Wirtschaftsentwicklung dämpfenden Wirtschaftspolitik. Die Regierung nutzt dies, indem sie die Konjunktur mit einer leicht expansiven Finanzpolitik stützt; die so bedingte Vergrößerung des Budgetdefizits nimmt sie hin. Nähme sie dagegen die Politik in der Bundesrepublik Deutschland zum Vorbild und machte den Versuch, durch restriktive Finanzpolitik auf eine rasche Haushaltskonsolidierung hinzuwirken, so würde sie die konjunkturellen Schwächetendenzen verstärken. Das Staatsdefizit würde sich dadurch keineswegs verringern, sondern konjunkturbedingt ebenfalls erhöhen. Ein Abbau des öffentlichen Defizits ist, wie die Vergangenheit gezeigt hat, ohne Friktionen nur in einem erneuten Wirtschaftsaufschwung möglich, wenn die Unternehmen bei steigenden Investitionen bereit sind, sich wieder höher zu verschulden.

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind allerdings für eine eigenständige, die Konjunktur in Österreich anregende Wirtschaftspolitik immer noch ungünstig. Die Leistungsbilanz würde mit großer Wahrscheinlichkeit rasch wieder defizitär werden, jedenfalls dann, wenn Österreich in der Expansion den meisten anderen Ländern erheblich voraneilt. Es kommt deshalb auch für Österreich darauf an, daß sich die größeren Länder in einer gemeinsamen Aktion endlich zu einer die Weltwirtschaft stimulierenden Politik entschließen. In der Zwischenzeit ist die österreichische Regierung gut beraten, wenn sie ihren gegenwärtigen Kurs der Konjunkturstützung fortsetzt. Unter den derzeitigen weltwirtschaftlichen Bedingungen wird aber auch Österreich zunächst mit einer höheren Arbeitslosenzahl leben müssen. Diese muß nicht deshalb in Kauf genommen werden, weil die austro-keynesianische Politik im Grunde keine Erfolgchancen mehr hat, sondern deswegen, weil Österreich von Ländern umgeben ist, in denen unter dem Einfluß angebotsorientierten Denkens auf eine wirtschaftspolitisch herbeigeführte Nachfragebelegung weitgehend verzichtet wird.

### Die Erfahrungen in Belgien und Schweden

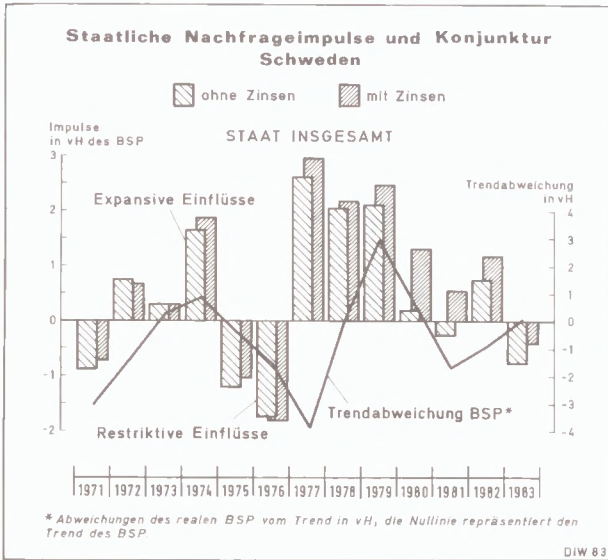
Vergleicht man die Entwicklung in Österreich mit der in den beiden anderen kleineren Ländern, in denen versucht wurde, mit einer Politik der Nachfragesteuerung den Wirtschaftsverlauf trotz von außen kommender Schocks zu glätten und die Arbeitslosigkeit so gering wie möglich zu halten, so zeigt sich, daß die finanzpolitischen Impulse in Schweden und Belgien am



stärksten dosiert und am längsten wirksam waren. Gleichwohl war die Finanzpolitik in beiden Ländern weniger erfolgreich als in Österreich. Während es aber Schweden bisher immerhin gelang, ein starkes Steigen der Arbeitslosenzahl zu verhindern, nahm die Arbeitslosenzahl in Belgien noch kräftiger zu als in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Politik, durch staatliche Nachfrage und spezielle arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die Beschäftigung zu sichern, scheiterte in Belgien, weil die flankierende Einkommenspolitik nicht so erfolgreich war, daß die Wirtschaft im europäischen Wechselkursverband ausreichend wettbewerbsfähig gehalten werden konnte. Die Leistungsbilanz passivierte sich immer mehr bei gleichzeitig erheblich steigendem Staatsdefizit. Die belgische Regierung konnte deshalb den Kurs einer stark expansiven Wirtschaftspolitik trotz steigender Arbeitslosenzahl nicht aufrechterhalten. Sie sah sich zunächst gezwungen, die Geldpolitik restriktiv zu gestalten, um den Franc-Kurs zu verteidigen. Schließlich schwenkte sie in der Finanzpolitik ebenfalls auf eine kontraktive Linie ein. Trotzdem kam sie um eine Währungsabwertung nicht herum.

Auch in Schweden gelang die einkommenspolitische Absicherung der expansiven Finanzpolitik, die mit besonderen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbunden war, nur unzureichend. Zwar konnte Schweden öfter als Belgien Währungsabwertungen zulassen, da es keinem Währungsblock angehörte. Einkommenspolitische Mißerfolge beeinträchtigten deshalb die schwedische Wettbewerbsposition weniger als die belgische. Auf der anderen Seite erschwerten aber wiederum die Währungsabwertungen die Einkommenspolitik, da von dem Sinken des Wechselkurs-



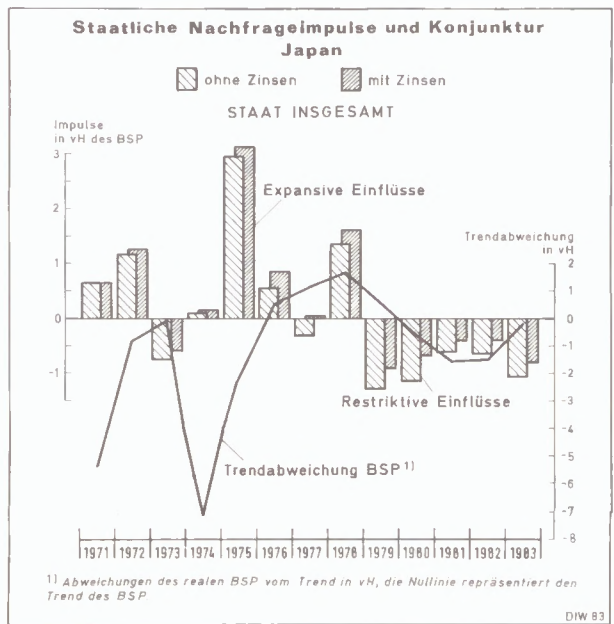
ses über eine Beschleunigung der Importpreissteigerungen Inflationsimpulse ausgingen. In Schweden erhöhte sich daher der Passivsaldo der Leistungsbilanz bei gleichzeitig zunehmendem Staatsdefizit ebenfalls, und die schwedische Regierung sah sich schließlich auch zu einer kontraktiv wirkenden Finanzpolitik gezwungen.

### Die Erfahrungen in Japan und der Bundesrepublik Deutschland

Erheblich geringere expansive Impulse kamen von der Finanzpolitik in Japan und in der Bundesrepublik Deutschland. Sie reichten in beiden Ländern nach der ersten starken Ölpreiserhöhung noch aus, die Wirtschaft aus der Rezession herauszuführen. In Japan sicherten sie sogar ein stetiges und beachtliches Wachstum des realen Sozialprodukts in fünf aufeinanderfolgenden Jahren. Obwohl in Japan keine ausgesprochene Einkommenspolitik betrieben wird, schwächte sich der Preisauftrieb, der sich als Folge der Ölpreissteigerung stark beschleunigt hatte, allmählich ab. Hierzu trug auch die Yen-Aufwertung im Laufe des Aufschwungs bei. Anders als die übrigen betrachteten Länder erzielte Japan beachtliche Exporterfolge, die nicht zuletzt auch dadurch zustande kamen, daß sich die japanischen Unternehmen aus marktstrategischen Gründen mit einer sinkenden Gewinnmarge zufrieden gaben. Die Exporterfolge in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre trugen mit dazu bei, daß Japan das — im Vergleich zu den übrigen Industrieländern — stärkste Sozialproduktswachstum erreichte. Sie waren auch dafür maßgeblich, daß es nach der zweiten starken Ölpreiserhöhung nicht wie 1974 zu einer Wirtschaftsschrumpfung kam, obwohl von der Finanzpolitik keine expansiven Impulse mehr ausgingen. Allerdings profitierte Japan von einem wechselkursbedingten Wettbewerbsvorsprung ge-

genüber den westeuropäischen Volkswirtschaften, zumal die Yen-Abwertung keine nachhaltige Beschleunigung des Preis- und Lohnauftriebs nach sich zog.

Infolge der Weltwirtschaftsschwäche und der zunehmenden protektionistischen Tendenzen schwächte sich aber auch in Japan der Export erheblich ab. Als relativ gewichtiges Land trägt es mehr als die kleineren Volkswirtschaften Verantwortung für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft. Die japanische Regierung dürfte nicht warten, bis durch eine von außen kommende Belebung die Exporte verstärkt steigen und dadurch die Inlandskonjunktur angeregt wird. Wichtigste Aufgabe ist für Japan gegenwärtig, das so lange Zeit von der Auslandsnachfrage gestützte Wachstum des Sozialprodukts auf eine festere Basis zu stellen, also expansive Impulse wieder stärker von der Inlandsnachfrage ausgehen zu lassen. Zwar hat sich die Zunahme des privaten Verbrauchs inzwischen verstärkt. Ohne den — über das bisherige Mass hinausgehenden — Einsatz finanzpolitischer Mittel ist jedoch eine dauerhafte Umschichtung von der Auslands- zur Inlandsnachfrage schwerlich zu erreichen.

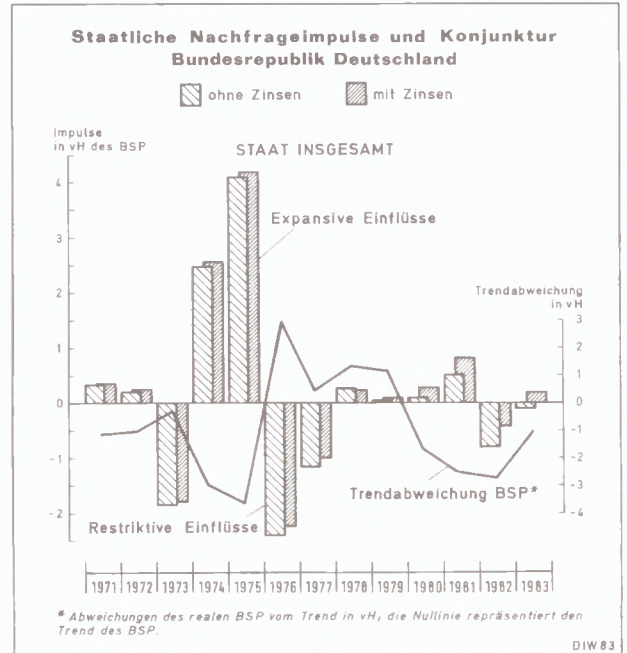


Das finanzpolitische Vorgehen in der Bundesrepublik Deutschland war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre weniger expansiv als in Japan. Die vom Staat kommenden Impulse waren zu gering, als daß ein stetiges Sozialproduktswachstum hätte erreicht werden können. In dieser Phase wurde der Kurs der Finanzpolitik häufig gewechselt, zeitweilig wirkte diese stark kontraktiv.

Wenn zeitweilig eine nachfragestützende Finanzpolitik betrieben wurde, so geschah dies halbherzig, die Maßnahmen waren auch nicht effizient genug konzipiert. Eine klare, längerfristig angelegte Strategie fehlte, lediglich im Zeitraum 1978 bis 1980 waren Ansätze dazu erkennbar. Die verschiedenen seit 1974 aufgelegten Programme sind kein Beleg für die Wirkungslosigkeit der Finanzpolitik. Mit Ausnahme des Zukunftsinvestitionsprogramms waren sie zu gering dosiert und zu kurz befristet, vor allem ist ihre Wirkung häufig durch Kürzungen in den Kernhaushalten überkompensiert worden. In dieser Phase wären zudem stärker ausgabenorientierte Maßnahmen effektiver gewesen als wiederholte Einnahmenverzichte durch Änderungen im Steuertarif. Die häufigen und zum Teil hektischen Kurswechsel haben die Erwartungshaltung der Wirtschaftssubjekte mehr destabilisiert als stabilisiert. Es verwundert deshalb nicht, daß sich die Einschätzung verbreitet hat, eine Ankurbelungspolitik könne nur Strohfeder entfachen.

Zudem fehlte eine ausreichende Abstimmung zwischen der Geld- und der Finanzpolitik. Tatsächlich ist der finanzpolitische Handlungsspielraum durch die Geldpolitik mehr und mehr eingeengt worden, die Geldpolitik hat seit Mitte der siebziger Jahre den Hauptpart im Rahmen der Globalsteuerung gespielt. Immer wieder hat die Bundesbank betont, daß sie eine Verfehlung des Stabilitätsziels — ob nun „hausgemacht“ oder z.B. aufgrund steigender Energie- und Rohstoffpreise — nicht hinnehmen könne. Vor allem befürchtete sie zinstreibende Effekte der hohen Staatsverschuldung, die den Raum für private Investitionen einschränken könnten; dieses Argument beherrscht seit Mitte der siebziger Jahre ihr Handeln — faktisch mehr als die Idee einer Verstärkung der Geldpolitik.

Nach der zweiten kräftigen Ölpreiserhöhung stemmte sich dann die Bundesbank aus Furcht vor einer Inflationsbeschleunigung einer D-Mark-Abwertung entgegen, obwohl sich die deutsche Leistungsbilanz ähnlich stark passivierte wie die japanische. Sie verfolgte zu diesem Zweck eine sehr restriktive Geldpolitik. Infolgedessen blieb eine Exportbelebung im Gegensatz zu Japan zunächst aus, vielmehr kam es zu einem erneuten Wirtschaftsrückgang. Da eine D-Mark-Abwertung — im Verein mit der Abwertung der meisten übrigen westeuropäischen Währungen — schließlich nicht aufzuhalten war, wurde der deutsche Export dann doch noch angeregt, zumal sich die Unternehmen bei schwacher Inlandsnachfrage und unterausgelastetem Produktionspotential wieder mehr auf die Auslandsmärkte konzentrierten. Die Exporte stiegen zwar kräftig; diese stimulierenden Wirkungen wurden aber durch die Geld- und Finanzpolitik konterkariert — und dies obwohl die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls zu den Ländern gehört, die die



Initiative zu einer gemeinsamen Aktion zur Belebung der Weltwirtschaft hätten ergreifen müssen. In dieser Situation brachte die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaften, die sich in Lohnzurückhaltung äußerte, eher das Gegenteil des Erhofften, nämlich einen zusätzlichen nachfragebedingten Wachstumsausfall und Beschäftigungsverlust.

Die Bereitschaft der Unternehmen, arbeitsplatzschaffende Erweiterungsinvestitionen vorzunehmen, ist durch das hohe Zinsniveau erheblich geschmälert worden. Der Erwerb von hochverzinslichen Finanzaktiva war lohnender als die (risikoreichere) Bildung von Sachkapital. Wenn es zu einer „Gewinnkompression“ gekommen ist, so war diese in erster Linie nachfragebedingt. Eine kooperativere Geld- und Finanzpolitik wäre wirksamer gewesen: Die Geldpolitik hätte über niedrigere Zinsen — nur punktuell unterstützt von steuerpolitischen Maßnahmen — die Angebotsseite entlasten können, der Finanzpolitik hätte mehr Spielraum für die Stärkung der Nachfrage — vor allem über mehr öffentliche Investitionen — zur Verfügung gestanden.

### Resümee

Der Ländervergleich zeigt, daß es für eine erfolgreiche Wirtschaftssteuerung letztlich auf das Zusammenwirken von Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik ankommt. Solange diese drei Politikbereiche in dieselbe Richtung wirken, ist die Wirtschaftspolitik erfolgreich. Dies zeigen die Beispiele Österreich und Japan in eindrucksvoller Weise. In der Bundesrepublik Deutschland verfolgte die Geldpolitik nach 1980 eine

Indikatoren zur Staatsverschuldung

	Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>1)</sup> in vH des BSP													Schuldenstand des Staates in vH des BSP		Zinsbelastung in vH der Ausgaben	
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1974	1981	1974	1981
Österreich	1,2	1,5	2,0	1,3	1,3	-2,5	-3,8	-2,4	-2,8	-2,5	-2,0	-1,8	-2,2	18	39	2,5	5,6
Belgien	-1,0	-2,1	-3,0	-2,5	-1,5	-3,8	-4,5	-4,6	-5,1	-5,9	-8,1	-12,3	-11,2	48	82	9,1	13,2
Schweden	4,4	5,2	4,4	4,1	1,9	2,7	4,5	1,7	-0,5	-3,0	-4,2	-5,3	-7,9	36	61	4,6	9,3
Japan	1,8	1,3	0,2	0,7	0,4	-2,8	-3,8	-3,8	-5,9	-4,4	-3,9	-3,7	-3,4	14	46	4,0	10,7
Bundesrepublik Deutschland	0,2	-0,2	-0,5	1,2	-1,3	-5,7	-3,4	-2,4	-2,5	-2,8	-3,1	-4,0	-3,7	19	34	2,9	4,8

1) Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) in Abgrenzung der VGR, ohne übrige Welt.-  
 Quellen: OECD, DIW.

kompromißlose Stabilitätlinie — zu Lasten des Beschäftigungsziels. Die Finanzpolitik hatte keine Chance, hiergegen anzukommen. Zur Zeit ist zwar die Geldpolitik mäßig expansiv, nun schlägt aber die Finanzpolitik einen zu restriktiven Kurs ein. Die Beispiele Schweden und Belgien machen deutlich, daß eine Absicherung durch die Einkommenspolitik insbesondere bei konflikträchtigen Verhältnis der Tarifparteien zueinander notwendig ist. Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften allein reicht freilich nicht aus, wenn die Unterstützung durch eine expansive Finanz- und Geldpolitik fehlt. Dies läßt wiederum die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland erkennen.

Die vergleichende Untersuchung verdeutlicht aber auch, daß der Handlungsspielraum der kleineren, besonders exportabhängigen Volkswirtschaften begrenzt ist. Setzt sich in den Industrieländern nicht die Erkenntnis durch, daß nur eine expansivere Wirtschaftspolitik zu einem dauerhaften Aufschwung führen kann, so bleibt der weltwirtschaftliche Rahmen

eng. Selbst wenn eine ideale Abstimmung von Finanz-, Geld- und Einkommenspolitik in den kleineren Ländern gelänge, wäre der davon erhoffte Erfolg keineswegs gewiß.

Eine stark expansive Finanzpolitik wie noch in der ersten weltweiten Rezession steht gegenwärtig freilich nirgendwo zur Debatte. Die Staatsverschuldung hat ebenso wie die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte inzwischen eine andere Dimension erreicht. Vielfach wird befürchtet, daß der Handlungsspielraum der Finanzpolitik und damit ihre kompensatorische Funktion erschöpft seien. Tatsächlich bleibt der Spielraum über die Verschuldung um so eher gewahrt, je höher die Zunahme des nominalen Sozialprodukts und je niedriger das Zinsniveau ist. In der Vergangenheit war der Zinssatz auf den Kapitalmärkten meist erheblich höher als die Steigerungsrate des nominalen Bruttosozialprodukts. In einer lang anhaltenden Rezession kann die Finanzpolitik eher kompensatorisch wirken, wenn das Zinsniveau niedrig ist.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Österreich

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1976							
Privater Verbrauch	4,2	6,7	6,1	5,4	3,0	3,2	4,5
Öffentlicher Verbrauch	3,3	3,3	4,1	3,0	5,7	4,0	4,3
Bauinvestitionen	7,9	13,7	10,5	6,2	3,5	-3,2	0,4
Ausrüstungsinvestitionen	.	13,9	14,4	-7,4	4,4	-8,3	10,4
Anlageinvestitionen	9,8	13,8	12,1	0,3	4,0	-5,0	3,8
Ausfuhr von Gütern und Diensten	16,5	5,9	9,2	8,9	11,0	-3,5	11,6
Einfuhr von Gütern und Diensten	16,7	5,8	11,1	12,9	7,5	-5,5	17,7
Bruttosozialprodukt	7,1	5,1	6,2	4,9	3,9	-0,4	4,6
	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1976							
Privater Verbrauch	5,7	-1,6	4,4	1,4	0,7	1,5	0,5
Öffentlicher Verbrauch	3,6	3,8	3,1	1,8	2,0	2	2
Bauinvestitionen	1,6	-3,1	-2,5	-1,1	-2,3	-4	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	11,1	-5,0	8,2	9,6	-1,8	-2,5	-1
Anlageinvestitionen	5,2	-3,8	1,7	3,4	-2,0	-4	0,5
Ausfuhr von Gütern und Diensten	5,1	4,4	8,9	8,1	7,8	-0,5	-2
Einfuhr von Gütern und Diensten	8,3	-2,3	10,8	7,3	1,0	-1,5	-1,5
Bruttosozialprodukt	4,4	0,5	4,8	3,2	0,0	1	0,5
1) Geschätzt.							
<u>Quellen:</u> Österreichs Volkseinkommen, 1970-1980, Edition 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.							

Indikatoren zur Einkommensverteilung in Österreich

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH						
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	16,5	3,5	12,3	3,6	13,2	-4,6	15,6
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	9,2	15,6	13,6	17,1	16,5	12,2	10,1
preisbereinigt <sup>2)</sup>	5,0	10,1	6,7	9,9	5,9	4,0	3,4
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	6,8	12,6	11,0	13,2	13,9	12,7	9,2
preisbereinigt <sup>2)</sup>	4,5	7,2	4,2	6,2	3,5	4,4	2,5
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	2,7	2,4	3,7	1,4	1,6	0,0	3,7
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	2,1	9,9	7,0	11,7	12,1	12,7	5,3
Verbraucherpreise	4,0	5,0	6,5	6,6	10,0	7,9	6,5
	Anteile am Volkseinkommen nominal in vH						
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	19,9	18,9	19,9	19,1	20,2	18,0	19,6
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	80,1	81,1	80,1	80,9	79,8	82,0	80,4
	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH						
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	3,8	-2,3	17,9	11,9	-2,2	16	6
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	10,8	9,5	6,7	8,1	7,8	5,5	4,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	5,1	5,0	2,2	1,5	0,6	0	0
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	8,6	8,6	5,8	6,6	7,9	6	5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	3,0	4,1	1,3	0,0	0,7	0,5	1
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	2,3	-0,3	3,9	1,7	0,1	2	1,5
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	6,2	8,9	1,9	4,8	7,8	4	4
Verbraucherpreise	5,4	4,3	4,4	6,5	7,2	5,5	4
	Anteile am Volkseinkommen nominal in vH						
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	18,7	16,3	18,1	19,5	17,2	12,5	19,8
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	81,3	83,7	81,9	80,5	82,8	80,5	80,2
<p>1) Geschätzt.- 2) Um den Verbraucherpreisanstieg.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet.</p>							
<p>Quellen: Österreichs Volkseinkommen, 1970-1980, Edition 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.</p>							

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Belgien

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975							
Privater Verbrauch	4,4	4,8	6,1	7,8	3,2	0,4	5,6
Öffentlicher Verbrauch	3,3	5,9	5,9	5,2	3,8	4,9	4,0
Wohnungsbauinvestitionen	8,3	-21,1	5,4	24,9	13,8	-3,2	15,7
Sonstige Bauinvestitionen	8,0	14,7	0,7	-4,2	-2,0	-0,4	-1,9
Ausrüstungsinvestitionen	10,9	-3,9	3,9	8,6	13,4	-1,6	-2,2
Anlageinvestitionen	8,8	-1,6	2,8	6,7	7,4	-1,6	3,0
Ausfuhr von Gütern und Diensten	3,3	6,3	10,0	14,4	6,7	-8,9	10,6
Einfuhr von Gütern und Diensten	7,1	5,1	8,3	19,3	7,5	-9,7	11,3
Bruttosozialprodukt	6,4	3,9	5,4	6,2	4,5	-1,8	5,4
	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975							
Privater Verbrauch	2,2	3,0	4,4	1,7	-1,5	-1,5	-1
Öffentlicher Verbrauch	3,3	6,2	2,6	1,6	0,5	-1,5	-1,5
Wohnungsbauinvestitionen	1,8	6,4	-12,6	-1,3	-40	-15	-10
Sonstige Bauinvestitionen	1,0	-0,6	6,4	8,6	-7	-2	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	-3,1	1,2	-1,2	8,6			
Anlageinvestitionen	-0,1	2,2	-2,4	5,6	-16	-4,5	0,5
Ausfuhr von Gütern und Diensten	14,6	3,4	8,3	3,9	2,5	2,5	3
Einfuhr von Gütern und Diensten	16,2	3,5	9,7	2,9	-1,5	0	1
Bruttosozialprodukt	1,1	3,3	2,3	2,4	-1,5	-0,5	0,5
1) Geschätzt.							
Quellen: IRES, service de conjoncture, décembre 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.							

Indikatoren zur Einkommensverteilung in Belgien

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	9,9	2,7	10,7	13,1	9,9	2,9	11,9
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	12,0	14,0	14,6	15,1	20,5	14,8	14,7
preisbereinigt <sup>2)</sup>	9,3	8,4	8,8	8,5	7,3	1,9	6,0
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	9,1	11,7	14,2	12,9	18,5	16,2	15,6
preisbereinigt <sup>2)</sup>	6,4	6,2	8,4	6,5	5,5	3,2	6,9
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	3,7	1,8	4,9	4,2	2,8	-0,6	6,3
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	5,5	9,7	8,8	8,3	15,3	16,9	8,8
Verbraucherpreise	2,5	5,1	5,4	6,1	12,3	12,7	8,2
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	23,1	20,9	20,4	20,4	18,1	15,4	14,8
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	76,9	79,1	79,6	79,6	81,9	84,6	85,2
	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	3,4	6,8	4,7	0,7	-6,5	17	19
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	9,1	7,6	7,0	8,7	6	4,5	4,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	2,1	3,4	2,9	2,1	-1,5	- 4	- 3
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	9,2	7,6	5,7	8,7	8	5,5	4,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	2,2	3,5	1,8	2,1	0,5	- 3	- 3
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	1,2	3,3	1,1	2,3	0,5	0,5	0,5
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	7,9	4,2	4,5	6,2	8	5	3,5
Verbraucherpreise	6,9	4,0	3,9	6,4	7,5	9	8
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	13,6	13,4	12,9	11,2	8,4	10,9	14,1
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	86,4	86,6	87,1	88,8	91,6	89,1	85,9
<p>1) Geschätzt.- 2) Um den Verbraucherpreisanstieg.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet.</p>							
<p>Quellen: IRES, service de conjoncture, décembre 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.</p>							

**Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Schweden**

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975						
Privater Verbrauch	3,5	-0,1	3,5	2,6	4,4	2,9	4,0
Öffentlicher Verbrauch	8,0	2,2	2,3	2,8	3,0	5,0	3,7
Wohnungsbauinvestitionen	-4,7	-0,5	2,0	-2,8	-8,6	-0,1	-8,4
Sonstige Bauinvestitionen	7,3	-4,3	6,2	-3,1	-1,0	1,1	-2,5
Ausrüstungsinvestitionen	4,4	6,7	3,3	12,9	2,1	6,4	9,7
Anlageinvestitionen	3,3	0,5	4,2	2,9	-1,4	3,1	1,7
Ausfuhr von Gütern und Diensten	8,6	4,3	6,1	14,1	5,4	-10,4	4,5
Einfuhr von Gütern und Diensten	10,4	-3,3	5,1	7,4	11,5	-3,7	10,0
Bruttosozialprodukt	6,5	0,8	2,2	3,9	4,3	2,2	1,2
	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975						
Privater Verbrauch	-1,0	-0,8	2,7	0,1	-0,5	-0,5	-2
Öffentlicher Verbrauch	3,1	2,9	4,7	2,5	2	1,5	1
Wohnungsbauinvestitionen	-2,1	15,0	1,7	-3,5	-2,5	-5	-2
Sonstige Bauinvestitionen	-2,5	-3,9	-0,3	3,3	} -5,5	-3	-2,5
Ausrüstungsinvestitionen	-2,7	-19,6	13,5	6,1			
Anlageinvestitionen	-2,5	-8,0	5,8	3,1	-5	-3,5	-2,5
Ausfuhr von Gütern und Diensten	2,2	8,2	7,2	-1,5	1,5	3,5	5,5
Einfuhr von Gütern und Diensten	-3,0	-5,2	12,9	1,1	-4,5	1,5	1,5
Bruttosozialprodukt	-2,0	1,3	4,3	1,8	-1,0	0,5	1,5
1) Geschätzt.							
Quellen: The Swedish Economy, Autumn 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.							

**Indikatoren zur Einkommensverteilung in Schweden**

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	14,0	-5,0	14,3	22,9	11,0	11,7	-5,1
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	12,0	9,4	9,4	7,6	15,7	19,8	18,1
preisbereinigt <sup>2)</sup>	6,7	1,2	2,7	0,1	5,7	7,9	6,5
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	8,0	8,3	8,6	6,7	12,8	16,3	16,9
preisbereinigt <sup>2)</sup>	2,9	0,2	1,9	-0,7	3,1	4,8	5,4
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	2,7	-0,2	1,4	3,1	1,8	-0,7	0,2
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	6,0	8,5	7,1	3,6	10,9	17,2	16,7
Verbraucherpreise	5,0	8,1	6,6	7,5	9,4	11,0	10,9
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	14,7	12,7	14,1	17,1	16,5	15,5	11,9
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	85,3	87,3	85,9	82,9	83,5	84,5	88,1
	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	-20,5	23,5	32,6	17,5	7	18,5	17,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	12,8	11,2	9,3	12,5	8,5	7	8
preisbereinigt <sup>2)</sup>	1,9	0,0	1,9	0,8	-2,5	-3	-4
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	12,3	10,8	7,6	11,0	8,5	7	6,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	1,5	-0,4	0,3	-0,6	-2	-3	-5,5
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	-2,4	1,0	2,7	0,5	-0,5	0,5	0
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	15,1	9,8	4,8	10,5	9,5	6,5	6,5
Verbraucherpreise	10,7	11,3	7,3	11,6	11	10,5	12,5
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	6,8	8,2	11,2	12,0	11,8	13,5	15,0
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	93,2	91,8	88,8	88,0	88,2	86,5	85,0
<p>1) Geschätzt.- 2) Um den Verbraucherpreisanstieg.- 3) Reales Bruttoezialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoezialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet.</p> <p>Quellen: The Swedish Economy, Autumn 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.</p>							

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in Japan

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975							
Privater Verbrauch	6,9	5,9	9,5	9,3	-0,7	4,1	3,4
Öffentlicher Verbrauch	5,7	5,4	5,2	5,0	3,5	6,8	4,1
Wohnungsbauinvestitionen	13,7	6,0	17,4	14,1	-11,1	3,1	7,5
Sonstige Bauinvestitionen	.	6,4	8,8	9,2	-10,1	3,7	-2,0
Ausrüstungsinvestitionen	.	3,1	8,4	14,8	-8,1	-3,9	2,6
Anlageinvestitionen	16,9	4,3	10,4	13,7	-9,1	-1,1	3,0
Ausfuhr von Gütern und Diensten	16,8	16,8	5,2	7,2	22,7	4,0	19,2
Einfuhr von Gütern und Diensten	21,9	4,7	9,9	23,9	5,1	-9,5	6,5
Bruttosozialprodukt	9,8	4,6	8,8	8,8	-1,0	2,3	5,3
	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1975							
Privater Verbrauch	3,8	4,7	5,9	0,6	0,5	4	3
Öffentlicher Verbrauch	3,9	5,1	4,3	2,2	3,5	2,5	0,5
Wohnungsbauinvestitionen	1,7	7,2	-2,1	-9,7	-1	-0,5	4,5
Sonstige Bauinvestitionen	2,9	7,0	13,0	3,6	} 3	-0,5	1
Ausrüstungsinvestitionen	6,7	10,9	7,8	2,7			
Anlageinvestitionen	4,8	9,4	6,3	0,2	2	-1	1,5
Ausfuhr von Gütern und Diensten	12,3	0,0	4,1	18,6	16	4	5,5
Einfuhr von Gütern und Diensten	5,0	7,3	13,1	-6,9	5,5	4	1,5
Bruttosozialprodukt	5,3	5,0	5,1	4,4	3	2,5	2,5
1) Geschätzt.							
Quellen: Japanese Economic Indicators, December 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.							

Indikatoren zur Einkommensverteilung in Japan

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	13,1	-0,4	12,0	17,2	11,6	2,5	9,8
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	22,0	18,8	16,0	25,7	26,5	16,4	13,4
preisbereinigt <sup>2)</sup>	13,4	11,5	10,1	13,6	3,9	4,3	4,1
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	18,1	15,1	14,2	20,5	25,7	16,1	11,3
preisbereinigt <sup>2)</sup>	9,8	8,1	8,4	8,9	3,3	4,1	2,3
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	6,3	1,4	7,2	4,3	-1,6	2,1	3,4
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	8,3	13,6	6,6	15,5	27,8	13,8	7,6
Verbraucherpreise	7,6	6,5	5,4	10,6	21,8	11,6	8,9
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	18,3	13,4	14,3	13,9	9,3	5,1	5,5
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	81,7	86,6	85,7	86,1	90,7	94,9	94,5
	1977	1978	1978	1980	1981 <sup>1)</sup>	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	8,0	14,9	4,9	3,1	1	1	1,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	11,7	7,9	8,1	8,9	8	6,5	7,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	4,3	3,1	4,5	1,8	3,5	3,5	4
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	10,0	7,0	6,0	6,3	5	5,5	6
preisbereinigt <sup>2)</sup>	2,7	2,3	2,4	-0,6	0,5	2,5	3
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	3,7	4,2	3,0	1,9	0	1,5	1,5
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	6,1	2,7	2,8	4,4	5	4	4,5
Verbraucherpreise	7,1	4,6	3,5	7,0	4,5	2,5	3
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	3,6	5,2	5,3	5,3	4,5	3,0	1,4
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	96,4	94,8	94,7	94,7	95,5	97,0	98,6
<p>1) Geschätzt.- 2) Um den Verbraucherpreisanstieg.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet.</p>							
<p>Quellen: Japanese Economic Indicators, December 1982; OECD, National Accounts, Volume II, Edition 1982; OECD, Economic Outlook, December 1982.</p>							

**Entwicklung des Bruttosozialprodukts und seiner Komponenten in der Bundesrepublik Deutschland**

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1976						
Privater Verbrauch	7,6	5,2	4,6	2,4	0,4	3,5	3,8
Öffentlicher Verbrauch	4,4	5,2	4,2	5,0	4,1	3,9	1,6
Wohnungsbauinvestitionen	-0,8	10,5	12,4	1,2	-14,9	-10,4	6,4
Sonstige Investitionen	12,5	3,8	-0,9	-1,6	-2,9	-5,0	1,0
Ausrüstungsinvestitionen	16,7	5,2	-1,9	-0,2	-10,8	-0,1	6,5
Anlageinvestitionen	9,9	6,2	2,5	-0,2	-9,6	-4,9	4,6
Ausfuhr von Gütern und Diensten	6,5	6,2	6,5	10,2	12,0	-6,1	10,5
Einfuhr von Gütern und Diensten	15,8	9,3	6,0	4,1	1,4	1,5	10,5
Bruttosozialprodukt	5,0	3,2	4,1	4,6	0,5	-1,6	5,6
	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
	Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH zu Preisen von 1976						
Privater Verbrauch	3,7	3,6	3,1	1,5	-1,2	-2	-0,5
Öffentlicher Verbrauch	0,9	3,9	3,5	2,8	2,0	0	0,5
Wohnungsbauinvestitionen	2,8	2,4	6,0	3,3	-4,0	-7	3
Sonstige Bauinvestitionen	-0,1	2,8	5,4	4,0	-4,4	-5,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	8,1	8,3	9,6	2,5	-3,4	-6,5	0,5
Anlageinvestitionen	3,8	4,9	7,3	3,2	-3,8	-6,5	1
Ausfuhr von Gütern und Diensten	3,5	4,2	4,9	5,8	8,5	2,5	0
Einfuhr von Gütern und Diensten	3,9	5,3	10,2	4,4	1,2	1,5	0
Bruttosozialprodukt	2,8	3,5	4,0	1,8	-0,2	-1	-0,5
1) Geschätzt.							
Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW.							

Indikatoren zur Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	6,9	5,5	8,9	8,1	-0,5	3,0	14,8
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	18,6	13,4	10,1	13,5	10,2	4,2	7,5
preisbereinigt <sup>2)</sup>	14,5	7,5	4,3	6,1	2,7	-1,7	3,2
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	16,0	11,6	9,9	12,1	11,5	7,2	7,9
preisbereinigt <sup>2)</sup>	12,0	5,8	4,1	4,8	3,9	1,1	3,6
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	2,6	1,4	4,0	3,3	1,6	1,1	5,8
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	12,8	10,0	5,7	8,5	9,6	6,0	1,9
Verbraucherpreise	3,6	5,5	5,6	7,0	7,3	6,0	4,2
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	18,2	16,8	16,8	15,9	13,5	13,1	15,1
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	81,8	83,2	83,2	84,1	86,5	86,9	84,9
	1977	1978	1979	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH							
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, nominal	5,0	10,8	7,6	-1,2	-0,7	4,5	5,5
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit							
nominal	7,0	6,7	7,7	8,3	4,7	2,5	2
preisbereinigt <sup>2)</sup>	3,3	3,8	3,4	2,7	-1,3	-3	-1,4
Bruttoeinkommen je unselbständig Beschäftigten, nominal	6,6	5,6	5,9	6,9	5,3	4,5	4
preisbereinigt <sup>2)</sup>	2,9	2,7	1,6	1,3	-0,8	-1	0,5
Produktion <sup>3)</sup> je unselbständig Beschäftigten	2,7	2,0	2,4	0,5	0,6	1	1,5
Lohnstückkosten <sup>4)</sup>	3,8	3,5	3,4	6,3	4,7	3,5	2,5
Verbraucherpreise	3,6	2,8	4,2	5,5	6,1	5,5	3,5
Anteile am Volkseinkommen nominal in vH							
Bereinigte Gewinnquote <sup>5)</sup>	15,0	16,3	16,7	14,9	14,9	17,3	19,6
Bereinigte Lohnquote <sup>6)</sup>	85,0	83,7	83,3	85,1	85,1	82,7	80,4
<p>1) Geschätzt.- 2) Um den Verbraucherpreisanstieg.- 3) Reales Bruttosozialprodukt.- 4) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 5) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 6) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens hinzugerechnet.</p>							

**Entwicklung der Arbeitslosigkeit<sup>1</sup> in ausgewählten Ländern**

in vH der Erwerbspersonen

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Österreich	1,4	1,3	1,2	1,1	1,4	1,7	1,8	1,6	2,1	2,1	1,9	2,5	3,2
Belgien	2,1	2,2	2,7	2,8	3,1	5,1	6,6	7,5	8,1	8,4	9,0	11,1	12,9
Schweden	1,5	2,5	2,7	2,5	2,0	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1	2,0	2,5	3,3
Japan	1,1	1,2	1,4	1,3	1,4	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1	2,0	2,2	2,4
Bundesrepublik Deutschland	0,8	0,9	0,8	0,8	1,6	3,6	3,7	3,6	3,5	3,2	3,0	4,4	6,6

1) Von der OECD standardisiert.

Quelle: OECD, Economic Outlook, Dezember 1982.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (0 30) 82 99 10 – Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,

Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,

Dr. Horst Seidler, Prof. Dr. Reiner Stäglin (kommissarisch), Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

*Österreichs Wirtschafts- und Finanzpolitik im internationalen Vergleich.* Bearbeitet von Manfred Teschner, Dieter Vesper.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe zulässig. Druck: Zipfel-Druck Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,-, vierteljährlich DM 30,-, Einzelnummer DM 4,-.

Zuzüglich Versandkosten.